

„Hexenjagd auf Rainer Wendt - Mediale Hinrichtung wichtiger als Reformen?“

von Stefan Schubert

Quelle: KOPP exklusiv Nr. 11/17

Der medial kräftig geschürte Skandal um den Polizeigewerkschafter Rainer Wendt zeigt nicht nur einmal mehr das ständige Versagen der Regierung in Nordrhein-Westfalen. Er erinnert auch an eine Praxis, die Zweifel an der Unabhängigkeit vor allem kleinerer Gewerkschaften nährt. Diese Praxis muss beendet werden. Doch die Leitmedien sind mehr daran interessiert, einen führenden Kritiker der Migrationspolitik von Angela Merkel nachrichtlich hinzurichten, als auf Reformen zu drängen

Wendt steht unter starkem Beschuss. Deutschlands bekanntestem *Law-and-Order-Polizisten* wird das Einstreichen doppelter Bezüge vorgeworfen.

Doch was sind die Hintergründe des angeblichen Skandals? Zunächst die eingeräumten Fakten:

- *Seit zehn Jahren erhält Wendt vom Land NRW monatlich 3348,68 Euro Brutto, ohne dafür auch nur eine Stunde als Polizist gearbeitet zu haben.*

Offiziell wird dies als Teilzeitbeschäftigung eines Hauptkommissars abgerechnet, wobei 28,5 Stunden Wochenarbeitszeit veranschlagt werden.

Zusammen mit einer Aufwandsentschädigung von 520 Euro seitens der Gewerkschaft kommt Wendt fast genau auf seinen vormaligen Verdienst.



Herausgekommen ist die Vereinbarung im Interview mit einem ARD-Journalisten, in dem *Rainer Wendt* diesen Umstand zuerst bestritt, seine Aussage dann aber gleich korrigierte.

- Was dann folgte, kann man nur als einen weiteren Akt von Menschenhatz beschreiben.
→ *Gerade linke Medien wie die Süddeutsche Zeitung instrumentalisierten den Fall und verbreiteten binnen Tagen ein halbes Dutzend negativer Artikel über Wendt.*

Auf der Abschussliste des Mainstreams stand der Gewerkschaftsführer seit Jahren ganz weit oben, denn seine Kritik an der unkontrollierten Masseneinwanderung von überwiegend muslimischen Männern erreichte Millionen Bürger. Inhaltlich konnten die Journalisten dem Gewerkschafter nicht das Wasser reichen. Also begannen sie, ihn persönlich anzugreifen und zu diffamieren. Doch aufgrund seiner starken Präsenz in Talkshows und Medien misslang ihnen dies.

Journalisten sehen einen der ergiebigsten Angriffspunkte bei Wendt darin, dass sich das *CDU-Mitglied* oft »nach *AfD* anhörte«, die er als »europäische Normalität« bezeichnete. Bei solchen Äußerungen endet das Toleranzverständnis der medialen Elite schlagartig.

Nach der aktuellen Kampagne trat Wendt die Flucht nach vorne an und veröffentlichte seine gesamten Einkünfte. Dabei offenbarte er weitere Nebeneinkünfte in Höhe von 77721,13 Euro dank dreier Posten in Aufsichtsräten. Davon stammten allein 50.000 Euro von der *Axa Versicherung*. Dazu die Schlagzeile der *Süddeutschen*: »Null Stunden als Polizist 77 721,13 Euro Nebeneinkünfte«.

Wendt hat diese Einnahmen sicher ausschließlich seiner Tätigkeit als stark präsenter Gewerkschaftschef zu verdanken. Doch der eigentliche Punkt:

- ❖ Die von den Medien gesteuerte Diskussion lenkt gezielt von den wirklich wichtigen und interessanten Fragen ab:
 - ? Warum bezahlt ein Innenminister Polizeigewerkschafter?
 - ? Was ist mit dieser politisch gewollten finanziellen Abhängigkeit von angeblich unabhängigen Gewerkschaftern beabsichtigt?
 - ? Was wusste Innenminister Jäger von dem Fall?
 - ? Und hat sich Jäger nicht bereits wieder in Widersprüche verwickelt?

Wendt ist beileibe kein Einzelfall

Im deutschen Blätterwald geht kaum jemand diesen eigentlich brisanten Aspekten des Falles nach. Deutlich wird dabei, dass es dem Mainstream nicht um die Sache geht, sondern darum, Wendt öffentlich hinzurichten. Denn er ist beileibe kein Einzelfall, dieses Prozedere ist in vielen Bundesländern üblich:

- Der Bundesvorsitzende des Bundes deutscher Kriminalbeamter (BDK), *Andre Schulz*, erhält 50 Prozent seiner Bezüge als LKA-Kommissar von der Stadt Hamburg.
- Auch in Rheinland-Pfalz werden der Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft, *Benno Langberger*, zu 50 Prozent und
- der Landesvorsitzende des BDK, *Christian Soulier*, zu 50 Prozent vom dortigen Innenministerium bezahlt. »*Die Bezüge werden fortgezahlt*«, bestätigt ein Sprecher auf Anfrage.
- Auch das NRW-Innenministerium musste zähneknirschend einräumen, dass *Sebastian Fiedler* vom BDK und *Erich Rettinghaus*, Landeschef der DPoIG, vom Düsseldorfer Innenministerium bezahlt werden.

❖ Doch der ganze mediale Unrat wird allein über Rainer Wendt ausgekippt.

Darüber hinaus rückte NRW-Innenminister *Ralf Jäger* einmal mehr in den Fokus von Kritik. Zwei Monate vor der Landtagswahl hatte er große Mühe, dieses umstrittene Vorgehen zu begründen. Als vorgeschobene Ausrede mussten das Grundgesetz und das Landesbeamtengesetz herhalten.

Demnach wollte der Innenminister gewerkschaftliche Arbeit finanziell unterstützen und ermöglichen, »*gewerkschaftliche Aufgaben wahrzunehmen*«. Diese Ausrede kam nicht bei jedem Abgeordneten gut an.

- So erstattete Innenpolitiker *Jasper Prigge* Strafanzeige gegen *Jäger* wegen des Verdachts der Untreue.

Jäger machte unterdessen das, was er bei allen vorherigen Skandalen unter seiner Verantwortung auch schon machte. Er stritt jeglichen persönlichen Fehler oder gar

nur die Verantwortung dafür strikt ab. »Die Details der Absprachen mit Wendt waren mir nicht bekannt«, sind seine exakten Worte.

❖ Ob bei der Tragödie der *Loveparade*, dem Ausbreiten der *No-Go-Areas* im Ruhrgebiet oder dem *Versagen bei der Abschiebung und Inhaftierung des Berlin-Attentäters Anis Amri*, überall wäscht Jäger seine Hände anschließend in Unschuld.

So paradox es sich anhört, die Bezahlung von Polizeigewerkschaftern dient hauptsächlich dazu, die größte Polizeigewerkschaft, die *GdP*, zu bekämpfen. Getreu dem Motto: »*Teile und herrsche*«. Denn die *GdP*, die über eine große inhaltliche wie personelle Nähe zur SPD verfügt, ist über die Jahrzehnte ein zu großer und zu mächtiger Akteur geworden. So ist auffällig, dass von der Bezahlung durch das Innenministerium vor allem die kleineren Gewerkschaften *DPoIG* und *BDK* profitiert haben.



Dafür werden *GdP-Funktionäre* regelmäßig mit hochdotierten Posten als Polizeipräsidenten belohnt.

Und dies ist ein Problem.

- Natürlich entsteht dadurch der Eindruck, dass es mit der Unabhängigkeit der Polizei-gewerkschaften nicht weit her ist. Denn wie kann man einen Innenminister scharf kritisieren, wenn man gleichzeitig verdeckt von ihm bezahlt wird?
→ Im Gegenteil: 90 Prozent aller Polizeigewerkschafter werden in die Talkshows als Relativierer von Flüchtlings- und Ausländerkriminalität eingeladen und erfüllen dort ihre zuge dachte Rolle umfänglich.

Dabei ist in Deutschland wohl kaum ein Berufszweig solchem Druck ausgesetzt, die wahren Umstände seiner Arbeit zu verschweigen, wie die Polizisten. Die verdeckten Zahlungen der Politik an Polizisten sollten umgehend enden. Dies sollte auch im Interesse der Gewerkschaften selbst liegen. Die Polizeigewerkschaften wirken dadurch wie ruhiggestellt und eingekauft. Und genau dies werden die Innenminister beabsichtigt haben.

Rainer Wendt hat jedoch nicht geschwiegen. Er hat seinen Finger stets in die Wunde gelegt und nicht zuletzt mit seinen Interviews und dem Bestseller *Deutschland in Gefahr* Millionen Bürger erreicht. Nun vernichtet das Establishment zum Dank seine Existenz aus niederen Gründen und um an ihm ein weiteres Exempel zu statuieren. Über die anderen Polizeigewerkschaftler verlieren die Umerziehungsjournalisten hierzulande dabei kaum eine Silbe